

PRESSEMITTEILUNG

bkj

Wiesbaden, 01.04.2026

bkj kritisiert Bericht der Finanzkommission Gesundheit: „Versorgung von Kindern und Jugendlichen darf nicht der Sparpolitik geopfert werden“

Der Bundesverband für Kinder- und Jugendlichenpsychotherapie e. V. (bkj) kritisiert den Ersten Bericht der Finanzkommission Gesundheit deutlich. Die vorgeschlagenen Maßnahmen beschreiben überwiegend kurzfristige Einsparungen einer primär fiskalischen Steuerungslogik und blenden die angespannte Versorgungssituation psychisch erkrankter Kinder und Jugendlicher weitgehend aus. „Der Bericht setzt auf Kostendämpfung – nicht auf Versorgungssicherheit. Gerade Kinder und Jugendliche geraten dabei aus dem Blick“, erklärt Stephan Osten, stellv. Vorsitzender des bkj.

Zentrale Kritikpunkte

Die geplante Rückführung der Psychotherapie in die Budgetierung (MGV) bewertet der bkj als klaren Rückschritt. Sie gefährdet fachliche Versorgung und wird den Zugang zur Versorgung wieder erschweren und absehbar zu noch längeren Wartezeiten führen.

Auch die Streichung von Zuschlägen für Kurzzeittherapien sendet das falsche Signal:

„Frühzeitige und niedrighschwellige Hilfe wird geschwächt, obwohl sie entscheidend für den weiteren Entwicklungsverlauf junger Menschen ist.“

Zudem sind eine reale Absenkung der Vergütungsentwicklung, eingeschränkte Möglichkeiten zur Weiterentwicklung von Versorgungsangeboten sowie

eine zunehmende Steuerung über Mengengrenzungen zu erwarten.

Positive Ansätze reichen nicht aus

Der Bericht enthält aus Sicht des bkj auch einzelne richtige Ansätze:

- Bürokratiebelastungen werden benannt
- der Wegfall des Konsiliarberichts kann den Zugang erleichtern
- (die Bedeutung evidenzbasierter Versorgung wird hervorgehoben bei bereits erfolgter qualitativer somatischer Abklärung

Philipp Dausmann, PiA-Vertreter des bkj, fasst zusammen: „Diese Punkte gehen in die richtige Richtung. Sie bleiben jedoch punktuell und stehen im Widerspruch zu Maßnahmen, die den Zugang zur Psychotherapie insgesamt erschweren. Wer im Gesundheitswesen sparen will, muss an die Ursachen ran und nicht an die Versorgung psychisch erkrankter Kinder, Jugendlicher und Erwachsener. Sparpotenziale liegen dort, wo seit Jahren Profite aus Krankheit gezogen werden: bei Doppelstrukturen, in aufgeblähten Verwaltungs- und Prüfapparaten sowie bei Leistungen ohne nachgewiesenen Nutzen. Im Bereich digitaler Gesundheitsanwendungen (DiGA) werden derzeit erhebliche Mittel für Anwendungen mit teils unzureichend belegtem Nutzen und hohen Preisforderungen gebunden. Der Bericht weist selbst auf die Notwendigkeit einer kritischeren Bewertung von Kosten und Evidenz hin. Es ist nicht vermittelbar, dass digitale Geschäftsmodelle mit fraglichem Zusatznutzen weiter großzügig finanziert werden, während gleichzeitig bei der direkten psychotherapeutischen Versorgung von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen gekürzt werden soll. Hier braucht es eine klare Prioritätensetzung: öffentliche Mittel für wirksame Versorgung statt für überbezahlte digitale Versprechen.“

Kinder und Jugendliche besonders betroffen

Die Vorschläge treffen auf ein Versorgungssystem, das bereits heute stark belastet ist:

- steigende psychische Erkrankungen bei jungen Menschen
- lange Wartezeiten auf Therapieplätze
- unzureichende Kapazitäten

„Wer in aktuellen Situation Leistungen begrenzt, verschärft bestehende und künftige Probleme.“
(Stephan Osten)

Der bkj fordert:

- keine Rückkehr zur Budgetierung psychotherapeutischer Leistungen
- den Erhalt und die Förderung von Kurzzeittherapien
- konkrete Maßnahmen zum Abbau von Wartezeiten

„Die Versorgung von Kindern und Jugendlichen mit psychischen Erkrankungen ist keine verhandelbare Größe. Eine Politik, die Versorgung zugunsten kurzfristiger Einsparungen schwächt, werden wir nicht akzeptieren.“ kommentiert Dr.in Inés Brock-Harder, Vorsitzende des bkj.

Zugleich betont der Verband

Besonders kritisch sieht der bkj den zeitlichen Zusammenhang mit den zum 01.04.2026 in Kraft getretenen Honorarkürzungen. „Psychotherapeut*innen haben in den letzten Wochen gesamtgesellschaftlich breite Solidarität erfahren. Diese haben wir dankbar angenommen und werden sie erwidern. Wenn weitere Kürzungsmaßnahmen folgen, werden wir uns an die Seite anderer Berufsgruppen stellen. Die aktuelle Kürzungswelle wird durch die Vorschläge des Berichts weiter verstärkt. Das setzt die Versorgung insgesamt unter Druck.“

Für Rückfragen:

Dr. Inés Brock-Harder
brock-harder@bkj-ev.de
mobil 0049 (0) 170 36 32 365

Stephan Osten, M.Sc.Psych.
osten@bkj-ev.de

Philipp Julian Dausmann
piavertretung@bkj-ev.de